

18. Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 30.07.2015

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Klaus Läßing Günter Peischl Andreas Post Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner	Manfred Axenbeck Gisela Fischer Franz Klietsch Johannes Mecke Edith Michal Manuel Prieler	entschuldigt entschuldigt entschuldigt entschuldigt entschuldigt entschuldigt

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer, Frau Michal, Herr Mecke, Herr Prieler, Herr Axenbeck sowie Herr Klietsch.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

249 19 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 19 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.07.2015, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

250 19 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

251 19 **Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2015**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung ein Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 30.06.2015 ausgehändigt wurde.

Der Bericht wird bekannt gegeben. In der Finanzausschusssitzung am 02.07.2015 erfolgte bereits eine Vorabinformation.

Der Bericht vom 02.07.2015 über die Haushaltsentwicklung bis zum 30.06.2015 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 941
Finanzen

252 19 **Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung und eines Nachtragshaushaltsplans 2015**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung ein Entwurf des Nachtragshaushaltes 2015 zugestellt wurde.

Beschluss: 19 : 0

Der Nachtragshaushaltsplan 2015 wird festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans	
	€	einschließlich der Nachträge	
		gegenüber bisher	verändert auf nunmehr
		€	€
a) im Verwaltungshaushalt			
die Einnahmen	112.000.120	78.868.643	190.868.763
die Ausgaben	112.000.120	78.868.643	190.868.763

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

b) im Vermögenshaushalt

die Einnahmen	89.402.220	82.125.860	171.523.080
die Ausgaben	89.402.220	82.125.860	171.523.080

Der Erlass der Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird beschlossen.

AZ 941
Finanzen

253 19 **Antrag der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V auf Umbenennung des St.-Emmeram-Weges**

Der Bürgermeister gibt das Schreiben der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V. vom 09.06.2015 bekannt, in dem ein Antrag auf Umbenennung des St.-Emmeram-Weges gestellt wird mit folgender Begründung:

Es wurde vom 31.01.2015 auf den 01.02.2015 ein Notarzt im St.-Emmeram-Weg 1 verständigt. Der Notarzt war jedoch nicht schnell genug vor Ort, da der St.-Emmeram-Weg mit St. Emmeram in Oberföhring verwechselt wurde. 25 Minuten benötigte der Notarzt bis zum Eintreffen im St.-Emmeram-Weg 1. Die Patientin lebte zwar noch, wurde mehrfach wiederbelebt, aber letztendlich hat dies nichts mehr genutzt. Die Patientin verstarb. Die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring befand sich am gleichen Abend zum Feuerwehrball in der Feuerwehr und hätte in einer Minute bei der Patientin sein können, wenn die Örtlichkeit nicht verwechselt worden wäre.

Dies ist kein Einzelfall – beim Pflegedienst Gruber & Wagner hat es Jahre gedauert, bis deren Lieferanten von Oberföhring nach Unterföhring gefunden hatten und immer noch kommen Anrufe, wo denn nun der St.-Emmeram-Weg 3 hier sei. Ebenso wurde von der Nachbarschaftshilfe vor ca. einem Jahr eine alte verwirrte Dame nach Oberföhring gefahren, die irrtümlich in Unterföhring gelandet war.

Aus vorgenannten Gründen bittet die Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V., dass der Gemeinderat beschließen möge, dass der St.-Emmeram-Weg umbenannt wird, bevor er wegen eines Irrtums oder Hörfehlers nochmals ein Menschenleben kostet. Der St.-Emmeram-Weg könnte z.B. als „Herderweg“ verlängert werden.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2008, Nr. 1239 wurde der St.-

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Emmeram-Weg unter Nr. 64 im Bestandsverzeichnis (Fl.Nrn. 183/996, 183/18) als Gemeindestraße gewidmet. Der St.-Emmeram-Weg (Weg um Spielplatz), unter Nr. 18 im Bestandsverzeichnis (Fl.Nrn. 183/96 TF, 183/109) und zu Haus-Nr. 5-11, unter Nr. 19 im Bestandsverzeichnis (Fl.Nr. 183/126) wurde als beschränkt öffentlicher Weg gewidmet. Unter dem St.-Emmeram-Weg sind 217 Einträge verzeichnet (betroffene Eigentümer/Anwohner).

Von der in der Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat Integrierten Leitstelle (ILS) wurde mit Schreiben vom 03.07.2015 mitgeteilt, dass ebenfalls die Gefahr einer Verwechslung durch die annähernde Namensgleichheit der Straßen in Unterföhring und Oberföhring als relativ hoch eingeschätzt wird, insbesondere, wenn von einem Anrufer kein expliziter Hinweis ergeht. Die Änderung des Straßennamens in der Datenbank des Einsatzleitsystems würde einen relativ geringen Aufwand darstellen.

Nach tel. Auskunft wird bei einem Eingang eines Notrufes, der Straßennamen ins Computersystem eingegeben und bei mehreren gleichen Straßennamen nachgefragt, in welchem Ort sich die Straße befindet.

Von der Feuerwehr Unterföhring wurde mit Email vom 22.07.2015 mitgeteilt, dass die Feuerwehr Unterföhring mit den Unterföhringer Straßennamen vertraut ist und eine Verwechslung für den St.-Emmeram-Weg unwahrscheinlich ist, weil die ähnlich klingenden Straßen/Adressen nicht im primären Ortsbereich liegen. Entscheidender für eine mögliche Umbenennung ist die Verwechslungsgefahr in der Integrierten Leitstelle (ILS), die unter 112 erreichbar ist. Für den St.-Emmeram-Weg gibt es in der ILS nur zwei weitere Einträge mit Verwechslungsgefahr, allerdings in Oberföhring.

Mit Schreiben vom 21.07.2015 stellt ein Anwohner vom St.-Emmeram-Weg die Frage, warum die Anwohner nicht aktiv über die Umbenennungsabsichten informiert werden und warum es sein kann, dass eine einzelne Gruppe eine Umbenennung der Straßennamen veranlassen kann, in der es mehr als 50 Häuser/Wohnungen gibt? Grundsätzlich ist der Anwohner strikt gegen eine Umbenennung, da durch die Umbenennung der Adressdaten bei Banken, Institutionen, Unternehmen etc. einen erheblichen Aufwand darstellt.

Aus Sicht der Verwaltung stellt sich die Umbenennung des St.-Emmeram-Weges als erheblich größerer Aufwand dar. Die Umbenennung hätte zur Folge, dass außer einem neuen Straßennamen auch neue Haus-Nummern vergeben würden und durch die Adressänderung die 217 Eigentümer/Anwohner daraufhin sämtliche personenbezogenen Daten bei Behörden etc. ändern lassen müssten.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 19 : 0

Eine Umbenennung des St.-Emmeram-Weges wird abgelehnt. Unter dem St.-Emmeram-Weg sind 217 Einträge verzeichnet (betroffene Eigentümer/Anwohner). Eine Umbenennung des St.-Emmeram-Weges würde zur Folge haben, dass außer einem neuen Straßennamen auch neue Hausnummern vergeben werden müssten. Die 217 Eigentümer/ Anwohner müssten daraufhin sämtliche personenbezogenen Daten bei Behörden etc. ändern lassen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Notdienste (Polizei, Medizinische Hilfe, Feuerwehr) noch einmal genau zu informieren, dass in Unterföhring ein St.-Emmeram-Weg existiert und dieser nicht gleichzusetzen ist mit St. Emmeram in Oberföhring.

AZ 6311
Bauamt

254 19

Grundschule Unterföhring; Vorlage des Kostenberichts

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 14.10.2010, Nr. 512, und des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 28.09.2010, Nr. 302, in Erinnerung.

Mit den Bauarbeiten der Schulerweiterung Grundschule Unterföhring wurde am 19.11.2012 durch die Firma Berger Bau, Passau, begonnen. Die Nutzungsaufnahme fand mit Schuljahresbeginn am 16.09.2014 statt. Die Bauarbeiten werden mit Aufstellung der Fahrradüberdachung in den kommenden Sommerferien abgeschlossen. Die von der Schulleitung vorgelegte Mängelliste vom 06.07.2015 wird ebenfalls bis zum Schuljahresbeginn September 2015 abgearbeitet.

Mit Beschluss vom 12.07.2012, Nr. 803, genehmigte der Gemeinderat den vorgelegten Entwurf des Architekturbüros Bayer & Strobel, 67655 Kaiserslautern, Stand 21.06.2012, die Kostenberechnung des Projektsteuerungsbüros BPM Hartl GmbH, 84307 Eggenfelden, vom 04.07.2012 (14.625.103,37 € brutto) sowie Baukosten in Höhe von 14.800.000,00 € brutto. Die Verwaltung wurde beauftragt, die weiteren erforderlichen Schritte (z.B. Einreichung des Bauantrages) zur Umsetzung und Realisierung des Entwurfes in die Wege zu leiten.

Der Projektsteuerungsvertrag des Projektsteuerungsbüros BPM Hartl GmbH, 84307 Eggenfelden, wurde mit Schreiben vom 27.08.2012 gekündigt.

Die letzte vorläufige Kostenverfolgungsliste, Stand 30.06.2014, vorgelegt im

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinderat in seiner Sitzung am 10.07.2014, musste aufgrund festgestellter Abweichungen gegenüber der vom Gemeinderat genehmigten Kostenberechnung vom 04.07.2012 überarbeitet, umstrukturiert und neu aufgestellt werden.

Aufgrund des sehr hohen Aufwandes zur Neuaufstellung und Klärung der Abweichungen der Kostenverfolgung konnte neben den laufenden Aufgaben zum Abschluss der Maßnahme kein weiterer Kostenbericht vorgelegt werden.

Die maximalen Kosten der Gesamtmaßnahme einschließlich noch strittiger Forderungen (Mängel Fassade, Bauzeitenverlängerung, Sichtbeton, Mehrkosten Fassaden- und Fensterarbeiten, etc.) in Höhe von 935.500,00 € brutto belaufen sich auf 17.065.598,36 € brutto.

Ebenfalls enthalten sind:

- ☐ Durch die Gremien im Rahmen von Bemusterungen und ergänzend zum Entwurf beschlossenen Änderungen in Höhe von 520.947,62 € brutto.
- ☐ Weitere notwendige Kosten durch im Rahmen der Kostenberechnung nicht ermittelbare Kosten wie Unvorhergesehenes (z.B. Archäologie, Altlasten Abbruch Bestandstreppenhaus, Bodenaustausch), öffentliche Erschließung (z.B. öffentlicher Bereich, Bushaltestelle etc.), Maßnahmen im Bestand (z.B. neue Fensterbänke, neue Eingangstüre, zusätzliche PC's, etc.), Nutzerwünsche und energetische Optimierungen (Rollcontainer, Tischverbreiterungen, zusätzliche Küchenausstattung, Beschallungsanlagen Sporthalle, UV-Clean Lüftungsdecke, Erweiterung Kleinkälteanlage, etc.) und zusätzliche Leistungen (Einfassung Klettergerüst Spielanlage, etc.) in Höhe von 1.003.079,42 Euro brutto.

Die Kostenverfolgung des Architekturbüros Bayer & Strobel, Kaiserslautern, nach DIN 276, Stand 24.07.2015, wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 19 : 0

Die Kostenverfolgung des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, Stand 24.07.2015, für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring samt zusätzlicher Kosten gemäß Vorbericht mit einer maximalen Gesamtsumme von 17.065.598,36 € brutto (KG 100-KG700), davon strittige Forderungen der Auftragnehmer in Höhe von 935.500 € brutto, wird genehmigt.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung wird zu allen weiteren erforderlichen Schritten ermächtigt, um alle noch offenen Themen wie z.B. Sichtbeton zum Abschluss zu bringen. Insbesondere ist dem Gemeinderat ein Konzept durch das planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, für die mangelbehaftete Fassade vorzulegen.

AZ 611
Bauamt

255

19

Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV); Überlegungen zur Anbindung der Isarau an das ÖPNV-Netz

Der Erste Bürgermeister gibt die Anregung der Verwaltung bekannt, die Isarau westlich der Münchner Straße an das ÖPNV-Netz anzuschließen. In den letzten Jahren gab es zu diesem Thema vielfach Anfragen von Anwohnern.

Diesbezüglich wurden in letzter Zeit seitens der Verwaltung erste Gespräche mit dem Landratsamt München sowie dem MVV - Münchner Verkehrs- und Tarifverbund, Herrn Happel, geführt und über die bestehenden Möglichkeiten sowie die energetische Umsetzung (Einsatz von Elektrobussen) diskutiert.

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Kreisausschusses vom 24.03.2015 mit dem „Die Gemeinde Unterföhring ... mit der Prüfung der Einsatzmöglichkeiten für einen Hybrid- bzw. Elektrobus voraussichtlich ab 2019 seitens Landkreis und Verbundgesellschaft beratend unterstützt“ wird.

Weiterhin soll in Kooperation mit dem Landratsamt München, dem MVV - Münchner Verkehrs- und Tarifverbund sowie dem Fraunhofer IVI - Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme eine „Einführungskonzeption für innovative Antriebe für den Linienbusbetrieb im Landkreis München“ erarbeitet werden.

Mit den Ergebnissen des Konzepts ist laut Auskunft des Landratsamts Münchens bzw. des MVV - Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds im Herbst 2015 zu rechnen. Diese sind in die weiteren Überlegungen zum ÖPNV in Unterföhring einzubeziehen.

Beschluss: 19 : 0

Das Gemeinderatsmitglied Herr Post stellt einen Antrag gemäß Art. 22 Abs. 3

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

der Geschäftsordnung für den Gemeinderat auf Schließung der Rednerliste und Beendigung der Diskussionen. Zu diesem Zeitpunkt waren noch drei Wortmeldungen vermerkt.

Im Anschluss an die vermerkten Wortmeldungen erfolgt die Abstimmung über den eigentlichen Beschluss.

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Ansicht der Verwaltung an, die Isarau westlich der Münchner Straße künftig an das bestehende ÖPNV-Netz anzuschließen. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt mit dem Landkreis München, dem MVV - Münchner Verkehrs- und Tarifverbund sowie der MVG - Münchner Verkehrsgesellschaft ein entsprechendes Konzept (Linienführung, Antriebsart usw.) zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind ökologische (geräusch- und immissionsarme Busse, Einsatz von Elektro- und Kleinbussen) und wirtschaftliche Auswirkungen zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird ermächtigt bei Bedarf die notwendigen Fachplaner zu beauftragen. Die notwendigen Haushaltsmittel sind zur Verfügung zu stellen und in der Haushaltsplanung 2016 sowie den Folgenden zu berücksichtigen.

AZ 611
Bauamt

256 19

Bauleitplanung der Gemeinde Ismaning - Entwurf 15. Änderung des Flächennutzungsplans - Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Ismaning zur 15. Änderung des Flächennutzungsplanes, sowie zum Bebauungsplan (BPlan) Nr. 29c zur Ausweisung weiterer Gewerbeflächen im südlichen Bereich (AGROB-Gelände) um Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gebeten hat.

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 Bau-Gesetzbuch (BauGB) im Rahmen der 15. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich südlich des bestehenden AGROB Medien-

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

und Gewerbeparks der Gemeinde Ismaning gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und zum BPlan 29c „Erweiterung des Gewerbegebiets AGROB Medien- und Gewerbepark nach Süden“ gemäß § 4 Abs. 2 BauGB um Stellungnahme gebeten wird.

Der rechtsgültige Flächennutzungsplan sieht im Bereich des Umgriffs des Bebauungsplanes

Nr. 29c landwirtschaftliche Fläche vor. Mit der Ausweisung als Gewerbegebiet weicht die

geplante Art der Nutzung somit vom Flächennutzungsplan ab. In einem Parallelverfahren

"15. Flächennutzungsplanänderung" wird die geänderte Nutzung aufgenommen.

Die Planunterlagen zur 15. Flächennutzungsplanänderung mit Stand 29.02.2012, sowie zum Bebauungsplan 29c mit Stand 26.02.2015 mit jeweiliger Begründung sind bei der Gemeinde eingegangen und wurden dem Gremium zugestellt.

Der Änderungsbereich liegt im Süden der Gemeinde Ismaning, nahe der Autobahn BAB 99.

Die Entfernung zur Ortsmitte beträgt etwa 2,5 km. Das Änderungsgebiet sowie sein Umfeld sind eben und einerseits gewerblich, andererseits landwirtschaftlich geprägt. Nördlich grenzt der bestehende AGROB Gewerbe- und Medienpark an. Im Süden verläuft in rund 120m bis 300m Entfernung die BAB 99 in Dammlage. Wohnbebauung ist in der näheren Umgebung nicht vorhanden. Im Westen grenzen die St 2053 und im Weiteren landwirtschaftliche Fluren an. Auch im Süden und Osten ist der Änderungsbereich von landwirtschaftlichen Flächen umgeben. Die Änderungsfläche selbst wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Der mittlere nördliche Teil des Änderungsbereichs umfasst ein bereits gewerblich bebautes Areal.

Anlass der Planänderung ist die anhaltende Nachfrage nach Grundstücken im AGROB Medien- und Gewerbepark, die durch Erweiterungsabsichten ansässiger als auch durch die Ansiedlung neuer Betriebe verursacht ist. Die Gemeinde Ismaning möchte mit Blick auf den Erhalt bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gemeindegebiet diese Nachfrage decken. Es handelt sich hier um die Erweiterung für den Sender Antenne Bayern, die auf Grundlage des Bebauungsplans Nr. 29b „AGROB Medien- und Gewerbepark Erweiterung Sendegebäude Antenne Bayern“ erfolgte, ohne dass zum damaligen Zeitpunkt der Flächennutzungsplan geändert wurde. Dieser wird

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

nun im Zuge der 15. Änderung im Rahmen der Berichtigung an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst. Der Änderungsbereich hat eine Größe von rd. 4,09ha (davon 24.850m² reine Gewerbeflächen, 10.410m² Verkehrsflächen, 2.200m² inneres Rahmengrün, 2.100m² äußeres Rahmengrün und 600m² bestehende Ausgleichsflächen).

Festsetzungen

Der Änderungsbereich wird gemäß § 8 Bau-Nutzungsverordnung als Gewerbegebiet dargestellt. Das dargestellte Gewerbegebiet hat eine Größe von rd. 3,32ha. Wie im nördlichen Bestandsgebiet soll die höchstzulässige Geschossflächenzahl im Durchschnitt 1,0 GFZ nicht überschreiten.

Um zu verdeutlichen, dass eine landschaftliche Einbindung der Anlage erforderlich ist, ist entlang der südlichen Grenze eine Grünfläche mit geplanter Schutz- und Leitpflanzung dargestellt. Grundsätzlich ist auch für den östlichen Rand des Gewerbegebiets eine Eingrünung erforderlich. Diese wird durch eine Ausgleichsfläche mit entsprechender Bepflanzung sichergestellt, die bereits im gültigen Flächennutzungsplan dargestellt ist, und die der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan für die Süderweiterung des Gewerbegebiets als Festsetzung enthält. Analog zum bestehenden nördlichen AGROB-Gelände ist auch im Änderungsbereich zur Staatsstraße hin ein Grünstreifen dargestellt. Dieser stellt eine gewisse Eingrünung auch nach Westen sicher. Die Grünflächen umfassen insgesamt 0,51 ha.

Erschließung

Der Änderungsbereich liegt unmittelbar an der St 2053. Da es sich im relevanten Abschnitt um sogenannte freie Strecke handelt, kommen Einzelzufahrten in das Gewerbegebiet nicht in Betracht. Es ist daher beabsichtigt, den Erweiterungsbereich über einen neuen Knoten in Form

eines Kreisverkehrs an die Staatsstraße anzuschließen. Ein Straßenumbau ist hier erforderlich.

In der Tiefe wird dann das Gewerbegebiet über eine interne Straße erschlossen; der Einfahrtsbereich ist in der Flächennutzungsplan-Änderung als wichtige örtliche Straße dargestellt.

Ein Ringschluss mit der vorhandenen Erschließungsstraße im nördlichen Gewerbegebiet ist vorgesehen. Ein Anschluss an den ÖPNV besteht mit der Buslinie 231, die den Standort an den S-Bahnhof Ismaning bzw. die U-Bahn-Station Studentenstadt anbindet.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Immissionen/Emissionen

Das Gewerbegebiet liegt in Einwirkungsbereich der BAB 99 und der St 2053. Die BAB 99 wies im Jahr 2010 im relevanten Abschnitt eine Verkehrsbelastung von rd. 117.200 Kfz (DTV) auf, die St 2053 eine Belastung von 11.538 Kfz (DTV). Die Signatur ‚Lärmschutzmaßnahme‘ weist darauf hin, dass im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung Immissionsschutzmaßnahmen zu prüfen sind. Die Gemeinde hat dies bereits veranlasst und eine schalltechnische Untersuchung beauftragt.

Außerdem kann die gewerbliche Nutzung selbst mit Emissionen verbunden sein. Um starke Emissionen zu verhindern, gilt für das Gewerbegebiet eine Emissionsbeschränkung, die durch entsprechende Signatur verdeutlicht und im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ggf. zu konkretisieren ist.

Beschluss: 19 : 0

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 15. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich südlich des bestehenden AGROB Medien- und Gewerbeparks der Gemeinde Ismaning werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende Hinweise vorgebracht:

- Der Gemeinderat weist darauf hin, die möglichen verkehrlichen Auswirkungen der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen (weiterer Kreisverkehr) zu berücksichtigen. Diese sind seitens der Gemeinde Unterföhring derzeit nicht erkennbar und auch in den vorliegenden Unterlagen nicht dargestellt. Die Gemeinde wünscht eine fachliche Aussage zur zukünftigen Verkehrssituation und außerdem über die Ergebnisse der von der Gemeinde Ismaning beauftragten schalltechnischen Untersuchung in Kenntnis gesetzt zu werden.
- Bezüglich der Straßenbauarbeiten (Errichtung eines Kreisverkehrs im südlichen Bereich), die die Münchner Straße St 2053 betreffen, erwartet die Gemeinde Unterföhring zu gegebener Zeit entsprechende Informationen.
- Wegen der verkehrlichen Zunahme auf der Münchner Straße St 2053, die diese Maßnahme mit sich bringt, wird eine deutliche Verdichtung der ÖPNV-Buslinie 231 begrüßt und gefordert. Darüber hinaus wird angeregt, dass eine ÖPNV-Anbindung an den S-Bahnhof Unterföhring in die Planungen mit einbezogen werden soll.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Auf die naheliegende Wohnbebauung im Norden Unterföhrings wird besonders hingewiesen (z. B. Immissionsschutz, Windverhältnisse). Erforderliche Lärmschutzmaßnahmen sind zwingend einzuplanen und zu errichten.

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden zum Bebauungsplan Nr. 29c zur Erweiterung des Gewerbegebiets im südlichen Bereich (AGROB-Gelände) seitens der Gemeinde Unterföhring folgende Hinweise vorgebracht:

Die bisherige Beschlusslage des Gemeinderats vom 12.01.2012, Nr. 709, in dem folgende Hinweise und Anregungen vorgebracht wurden:

- Auf die naheliegende Wohnbebauung an der Aschheimer Straße und Am Poschinger Weiher in Unterföhring, wird besonders hingewiesen (z. B. Immissionsschutz, Windverhältnisse). Erforderliche Lärmschutzmaßnahmen sind zwingend einzuplanen und zu errichten.
- Wegen der verkehrlichen Zunahme auf der Münchner Straße St 2053, die diese Maßnahme mit sich bringt, wird eine deutliche Verdichtung und Fahrstreckenoptimierung der ÖPNV-Buslinie 231 begrüßt und gefordert. Darüberhinaus wird angeregt, dass eine ÖPNV-Anbindung an den S-Bahnhof Unterföhring in die Planungen mit einbezogen werden soll.
- Bezüglich der Straßenbauarbeiten (Errichtung eines Kreisverkehrs im südlichen Bereich), die die Münchner Straße St 2053 betreffen, erwartet die Gemeinde Unterföhring zu gegebener Zeit entsprechende Informationen.

bleiben aufrecht erhalten.

AZ 611
Bauamt

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

257 19 **Bekanntgaben / Anfragen**

Antrag der Agenda`21 Unterföhring: Quecksilberwerte im HKW-Nord

Die Gemeinde Unterföhring erhielt am 20.07.2015 einen Antrag der Agenda`21 Unterföhring. Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stadtwerke München aufgefordert werden, die Rauchgasanlage des sogenannten Kohleblocks mit einem Quecksilberabscheider nachzurüsten und dass der Stadtrat über diese Forderung in Kenntnis gesetzt wird und dass die Verwaltung prüft, ob ggf. auch rechtliche Schritte möglich sind, sowie deren Erfolgsaussichten.

Der Antrag wird in der Septembersitzung nach der Sommerpause behandelt.

Im Vorfeld wurden seitens der Verwaltung folgende Anfragen an die Stadtwerke München gerichtet (Schreiben vom 22.07.2015):

- Wie haben es die Stadtwerke München geschafft, die Quecksilber-Emissionen von 2012 bis 2014 so deutlich von 7,75 µg/m³ auf 1,15 µg/m³ zu senken?
- Können uns die Stadtwerke München zusichern, dass dieser Wert, der sogar unter dem ab 2016 gültigen US-Grenzwert liegt, auch zukünftig eingehalten wird?
- Werden die Stadtwerke München Maßnahmen ergreifen, um die Quecksilber-Emission auf unter 1 µg/m³ zu senken, wie von vielen Umweltverbänden gefordert?

Auf das Schreiben der Gemeinde erhielt die Gemeinde am 28.07.2015 folgende Antwort:

Die Ursachen für die kontinuierliche Senkung der Quecksilber-Emissionen im Block 2 in den letzten Jahren sind die Optimierung der bestehenden Anlagentechnik zur Rauchgasreinigung sowie die chemische Zusammensetzung der eingesetzten Kohlesorten.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Ihnen, obwohl wir ständig bemüht sind, unsere Anlagen noch umweltschonender zu gestalten, nicht die Einhaltung eines für Deutschland rechtlich unverbindlichen Grenzwertes der USA zusichern können.

Unabhängig davon prüfen wir wirtschaftlich vertretbare Möglichkeiten einer weiteren Reduzierung der Quecksilberemissionen des Standorts Nord, werden aber angesichts der Tatsache, dass wir bereits jetzt den erst ab 2019 für uns geltenden Grenzwert sehr deutlich unterschreiten, keine Zielwerte definieren.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ratsinformationssystem; Info an Gremiumsmitglieder

Der Vorsitzende gibt den Gremiumsmitgliedern bekannt, dass nach der Sommerpause 2015 die nächste Stufe in Sachen Umstellung auf das neue digitale Ratsinformationssystem erfolgen soll. Die Gremiumsmitglieder werden nunmehr die ergänzenden Unterlagen zur Vorbereitung per digitalen Datenabruf erhalten.

Das digitale Ratsinformationssystem wird zudem künftig auch für die Öffentlichkeit (Internetbasierend) Informationen über den Gemeinderat sowie dessen Ausschüsse bereithalten.

Lagerraum für Spenden an den Asylhelferkreis

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass für eingehende Spenden an den Asylhelferkreis ein Lagerraum gefunden worden ist. Dieser wird Zeitnah mit dem Helferkreis begutachtet und zeitnah in Betrieb gehen.

Wertstoffsammelstelle Hofäckerallee; Verbesserungsmaßnahmen

Der Vorsitzende gibt einen Email-Verkehr bekannt, in dem es inhaltlich um Verbesserungsmaßnahmen hinsichtlich der Wertstoffsammelstelle an der Hofäckerallee geht. Seitens der Gemeinde wurden an den Containern Fallbremsen sowie Dammatten unter den Trittplattformen angebracht bzw. die Umsetzung beauftragt.

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anfragen:

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl erkundigt sich nach dem Stand der Umfragerückläufer hinsichtlich der Aufzugsanlagen in der Fichtenstraße.

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass am 31.07.2015 die Frist der Rückantwortschreiben für die Aufzugsanlagen an der Fichtenstraße 1-55 abläuft. Es sind ca. 150 Rückantwortschreiben von den Mietern eingegangen. Die Öffnung der Rückantwortschreiben findet voraussichtlich Ende August im Sitzungssaal statt. Der Gemeinderat kann bei der Öffnung mit anwesend sein.

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Ebert erkundigt sich nach den notwendigen Umleitungsmaßnahmen hinsichtlich der Sanierung der Münchner Straße.

Es wird auf die Bekanntgabe in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.07.2015 verwiesen. Der Vorsitzende gibt hieraus bekannt, dass die Polizeiinspektion Ismaning und das Staatliche Bauamt Freising stets bemüht sind die Verkehrsführung zu optimieren; nach nochmaliger Überprüfung der Verkehrsführung der Umleitungsstrecke bleibt diese jedoch unverändert

18. Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anfragen aus dem Gremium gestellt wurden, schließt der Vorsitzende um 22:20 Uhr die öffentliche Sitzung und wünscht den anwesenden Zuhörern einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend. Anschließend wird die nichtöffentliche Sitzung fortgesetzt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer